

## **Themenbeitrag Konjunkturprognose**

---

29. September 2016

---

## Konjunkturprognose des Ausschusses für Wirtschafts- und Währungspolitik

I

### **Festfahren in der Mittelmäßigkeit**

Die Weltwirtschaft befindet sich im Kriechgang. Im laufenden Jahr wird die globale Wirtschaft nur noch mit einer Rate von 3 % expandieren. In den Schwellenländern sind inzwischen allerdings erste Lichtblicke auszumachen: Mit den etwas höheren Öl- und Rohstoffpreisen scheint es in dieser Ländergruppe zu einer wirtschaftlichen Bodenbildung zu kommen. Bei einem im nächsten Jahr auch wieder etwas höheren Wirtschaftswachstum in den USA könnte die Weltwirtschaft im Jahr 2017 um 3,3 % wachsen. Die Risiken für die Weltkonjunktur werden aber auch im kommenden Jahr außergewöhnlich hoch bleiben.

Das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum hat im ersten Halbjahr 2016 leicht positiv überrascht. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die gesamtwirtschaftliche Leistung in der Währungsunion um 1,5 % steigen. Schaltet man einmalige Sondereffekte aus, ist dies in etwa das gleiche Tempo wie im vergangenen Jahr. Auch im nächsten Jahr wird sich nichts Grundlegendes an diesem Bild ändern. Da die positiven Konjunkturreffekte hervorgerufen durch die günstigen Ölpreise und die Euro-Abwertung im nächsten Jahr vollständig weggefallen sein werden, wird die Wirtschaft mit 1,3 % jedoch geringfügig schwächer wachsen.

Die Konjunkturprognose wurde gemeinsam mit den im Ausschuss für Wirtschafts- und Währungspolitik des Bankenverbandes vertretenen Chefvolkswirten erstellt und in einer Sitzung des Ausschusses beraten.

Das prognostizierte Wirtschaftswachstum wird zu einem weiteren Aufbau der Beschäftigung in Deutschland führen. Im Jahresdurchschnitt 2017 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen auf etwas mehr als 43,8 Millionen steigen. Bei den Arbeitslosenzahlen wird es zumindest im nächsten Jahr jedoch zu einer gegenläufigen Entwicklung kommen. Weil in den kommenden Monaten eine zunehmende Zahl von Flüchtlingen in der Arbeitsmarktstatistik erfasst wird, dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2017 auf etwa 2,79 Millionen steigen. Das wären rund 100.000 Arbeitslose mehr als im Durchschnitt des laufenden Jahres.

Zentrale Stütze für die deutsche Konjunktur bleiben die private Konsumnachfrage sowie der zur Finanzierung der Zuwanderung deutlich expandierende Staatsverbrauch. Die Wachstumsraten beider Komponenten sollten im nächsten Jahr nur geringfügig nachlassen. Der Außenhandel, der im ersten Halbjahr 2016 unerwartet positiv zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hat, wird in den nächsten Quartalen die BIP-Entwicklung in Deutschland eher belasten. Gravierender Schwachpunkt im deutschen Konjunkturbild bleiben allerdings die Ausrüstungsinvestitionen. Sie dürften nach einem enttäu-

---

schenden Plus von knapp 2 % in diesem Jahr im kommenden Jahr lediglich um 1,5 % steigen.

Die Wachstumsprognose für Deutschland wird in diesem Jahr leicht angehoben und für nächstes Jahr etwas gesenkt. Durch besondere Kalendereffekte – in diesem Jahr liegen überdurchschnittlich viele Feiertage auf einem Wochenende, im nächsten Jahr ist dies umgekehrt – fällt die Abschwächung bei den nicht kalenderbereinigten Wachstumsraten vergleichsweise deutlich aus (von 1,8 % in diesem auf 1,2 % im nächsten Jahr).

Betrachtet man jedoch – wie international üblich – die um den Feiertageeffekt bereinigten Daten, dann ergibt sich eine geringfügige Wachstumsabschwächung von 1,7 auf 1,5 %, die die eintretende Verlangsamung realistischer widerspiegelt.

Unterstellt man bis Ende 2017 einen leichten Anstieg der Rohölpreise und einen zwischen 1,05 und 1,15 US-\$ schwankenden Euro-Dollar-Wechselkurs, dann dürfte die Inflationsrate für die Währungsunion im kommenden Jahr auf 1,2 % steigen. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) noch in diesem Jahr eine weitere geldpolitische Lockerung verkünden wird. Aller Voraussicht nach wird sie ihr Aufkaufprogramm über den März 2017 hinaus verlängern. Eine Zinswende würde damit noch weiter in die Ferne rücken und wäre dann kaum noch vor dem Jahr 2019 denkbar. In dem Maße, wie umfassende Strukturreformen in den Euro-Staaten weiter ausbleiben, besteht aber die Gefahr, dass auch in zwei oder drei Jahren eine Zinswende kaum möglich sein wird.